Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unt. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 284. Sonntag den 11. October 1885. **79. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten,
Mittwoch, am 14. October 1885, Abends 6½ Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über: a. Herstellung eines Fußwegdammes auf dem Communicationswege von Schönefeld nach Eutritzsch und Erwerbung des dazu erforderlichen Areals; b. Fluchtlinienfeststellung auf einer Strecke der Webergasse und Arealabtretung vom Wiesing'schen Grundstücke.

II. Bericht des Bau- und Oekonomieausschusses über die Eingaben des Herrn Pfalz und des Herrn Dr. Schmiedt wegen der auf dem Südplatze projectirten Herstellung einer Bedürfnißanstalt.

III. Bericht des Oekonomieausschusses über: a. Erbauung einer Schleuse III. Classe im Dösener Wege; b. Legung eines 2. Pferdebahngeleises in der Wintergarten- und Tauchaer Straße.

IV. Bericht des Oekonomie- und Gasausschusses über ein Abkommen mit der Firma Schimmel & Co. wegen Anlegung eines Schienengeleises über die Yorkstraße und im Areale der Gasanstalt I.

V. Bericht des Gas- und Oekonomieausschusses über: a. Ausführung von Planirungsarbeiten in der Gasanstalt II; b. Rückäußerung des Rathes auf den Antrag des Collegiums bez. der Vergrößerung der bei Aufstellung eines Candelabers an der Schloßbrücke projectirten Insel.

VI. Bericht des Gasausschusses über Abgabe von Gas zur Beleuchtung der an das Grundstück Kurvenstraße Nr. 6 anzubringenden Normaluhr.

VII. Bericht über die Rathsvorlagen, betr. a. Anlegung eines Nebengeleises in der Gasanstalt I; b. den Rechnungsabschluß der Gasanstalt I pro 1883.

VIII. Bericht des Schulausschusses über die Rückäußerung des Rathes auf die Anträge des Collegiums zum Specialbudget: „Städtische Volksschulen", Ausgaben Pos. 14—21 des diesjährigen Haushaltsplanes.

Bekanntmachung,
die staatliche Einkommensteuer betr.

In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 26. März vorigen Jahres in Verbindung mit §. 5 der zum Einkommensteuergesetze vom 2. Juli 1878 gehörigen Ausführungsverordnung vom 11. October desselben Jahres ist der zweite Termin der diesjährigen staatlichen Einkommensteuer

am 30. September d. J.
mit der Hälfte des Normalsteuersatzes fällig.

Die hierorts Steuerpflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge ungesäumt und spätestens **binnen drei Wochen**, von dem Termine abgerechnet, an unsere Stadt-Steuer-Einnahme, Stadthaus, Ostmarkt Nr. 3, parterre links, bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, den 28. September 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,
die Beiträge zur Handels- und Gewerbekammer betreffend.

Mit dem

am 30. September d. J.

fälligen zweiten Termine der staatlichen Einkommensteuer ist zufolge ergangener Verordnung des Königlichen Finanzministeriums vom 10. April d. J. behufs Deckung des Aufwandes der hiesigen Handels- und Gewerbekammer von den betheiligten Handels- und Gewerbetreibenden ein Beitrag

für die Handelskammer nach Höhe von Vier Pfennigen

und

für die Gewerbekammer nach Höhe von Zwei Pfennigen

auf jede Mark desjenigen Steuersatzes, welcher nach der im Einkommensteuergesetze enthaltenen Scala auf das in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen der Beitragspflichtigen entfällt, zu erheben.

Diese Bekanntmachung gilt als legale Benachrichtigung der Beitragspflichtigen.

Den betheiligten Steuerpflichtigen wird bei Abführung der Einkommensteuer an der Einnahme-Stelle Eröffnung über den entfallenden Betrag gemacht werden.

Der Betrag ist **binnen drei Wochen**, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme bei Vermeidung der sonst eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, den 28. September 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß Sonntag, den 18. ds. Mon., von früh 7 bis Abends 10 Uhr die Reinigung des Hochreservoirs der städtischen Wasserleitung, am 19., 20. und 21. ds. Mon. Nachts die Spülung der Hauptröhren, sowie vom 22. ds. Mon. an die Spülung der Zweigröhren durch die Zweigposten am Tage stattfinden wird.

Leipzig, den 8. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stoß.

Versteigerung.

Donnerstag, den 15. dss. Mts., Vormittags 10 Uhr, sollen im Hofe des hiesigen Posthaltereigrundstücks, Hospitalstraße 4—8, drei Stück außer Gebrauch gesetzte **zweispännige Güterpostwagen,** sowie ein **Kartenpostwagen** unter den unmittelbar vor der Versteigerung bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 5. October 1885.

Kaiserliches Postamt 10.
Oehme.

Auction.
Nächsten Montag, den 12. October 1885, von Vormittags 9 Uhr an

sollen in der Pfeffenburg aufgestellte Tische, Tafeln, Fahnen, Rouleaux und dergl., sowie verschiedene alte Metalle, Glas und Hadern an den Meistbietenden verkauft werden.

Leipzig, am 6. October 1885.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Möckern. Die Niederlassung eines Arztes im hiesigen Orte mit 4000 Einwohnern und einer zahlreichen Einwohnerschaft in den Nachbardörfern ist dringend erwünscht. Nähere Auskunft durch den Gemeindevorstand Dr. Eckstein und den Vorsitzenden des gemeinnützigen Vereins, Inspector Kühlemann in Möckern.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Balkanfrage.

Die „Agence Havas" in Paris hatte den Streitfall wegen Ostrumelien aus Ungeduld über die Langsamkeit des Verlaufes auf eigene Hand entschieden, indem sie die Türkei die bulgarische Union bestätigen ließ. Wir bezeichneten diese Nachricht sogleich als verfrüht, und wir haben damit Recht behalten; so schnell sind die Türken nicht bereit, auf vertragsmäßig durch Europa verbürgte Rechte Verzicht zu leisten, und es wird wohl auch noch manche Woche vergehen, bis in Konstantinopel ein Einvernehmen erzielt ist. Den Schwerpunct der Lage auf der Balkanhalbinsel bilden gegenwärtig die Rüstungen der Türkei, man ersieht daraus, daß der Sultan der Entscheidung Europas nicht willenlos Folge leisten, sondern seine Interessen mit der ihm zu Gebote stehenden Kraft wahrzunehmen entschlossen ist. Wenn Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause erklärt, daß Oesterreich-Ungarn sich die Freiheit seiner Handlungsweise auf der Balkanhalbinsel vorbehält, so antwortet die Türkei darauf mit Truppensendungen nach Salonichi, und wenn Serbien und Griechenland ihre Vergrößerungsgelüste nicht zügeln wollen, dann weist die Türkei auf die Streitkräfte, welche sie in Adrianopel und an der Küste des Marmarameers zusammenzieht. Die türkische Regierung hat zwar die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien nicht durch den Einmarsch in Philippopel beantwortet, weil sie nur im Einverständniß mit den Unterzeichnern des Berliner Friedens vorgehen wollte, aber sie beweist andererseits durch ihre umfassenden Rüstungen, daß sie noch nicht zum willenlosen Werkzeuge der europäischen Mächte herabgesunken ist. Diese ruhige und systematische Kraftentfaltung hat denn auch ihren Eindruck auf Serbien und Griechenland nicht verfehlt, die Kriegslust macht sich in beiden Ländern vorläufig nur in Worten Luft, während die Blicke sich mit Besorgniß nach Konstantinopel richten, um zu erfahren, was dort beschlossen werden wird.

Aus der Haltung Rußlands ist ersichtlich, daß man dort den Rüstungen der Türkei die gebührende Beachtung schenkt; der Kaiser ist weit entfernt, nach Art Ignatieff's den Ton des Protectors anzunehmen, von dessen Willkür das Wehl und Wehe der Türkei abhängt, sondern er begnügt sich damit, die Erfüllung der bulgarischen Wünsche bei den Mitunterzeichnern des Berliner Vertrages zu befürworten. Selbstverständlich sind die letzten Ziele Rußlands dieselben geblieben, wie sie im Vertrage von San Stefano zum Ausdruck gelangten; ein Großbulgarien, was Macedonien und den bulgarischen Theil Serbiens umfaßt, gilt ihm noch immer als die Vorstufe für den weiteren Vormarsch nach Konstantinopel. Aber man verhehlt sich in St. Petersburg nicht, daß der Verwirklichung dieses Planes heute noch dieselben Hindernisse im Wege stehen wie im Jahre 1878. Rußland will nur im Einverständniß mit Deutschland handeln, das ergiebt sich aus den wiederholten Berathungen des Ministers v. Giers in Friedrichsruh und aus der wohlwollenden Sprache des „Journal de St. Pétersbourg" gegen den Sultan, den es gegen falsche Gerüchte in Schutz nimmt. Gegenstand der Berathungen in Friedrichsruh scheint aber in erster Linie die Frage des sogenannten Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel gewesen zu sein. Die Zukunft von Macedonien liegt dem leitenden Geist der „Moskauer Zeitg.", Herrn Katkow, so sehr am Herzen, daß er daraus gern einen unabhängigen Staat formen möchte, damit sich die bulgarische Union später auch bis Salowichi hin ausdehnen läßt. Die schroffe Zurückweisung, welche dieser Vorschlag durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erfahren hat, läßt erkennen, daß man in Friedrichsruh derartigen Plänen durchaus abgeneigt ist. Das läßt darauf schließen, daß dort jede weitere Ausdehnung der Veränderungen auf der Balkanhalbinsel über die Grenzen von Ostrumelien hinaus als unmöglich aufgefaßt wird. Ueber die Aufrechthaltung der bulgarischen Union läßt sich reden unter der Voraussetzung, daß eine Form dafür gefunden wird, mit welcher sich der Sultan einverstanden erklärt; die erste Vorbedingung ist aber, daß Bulgarien in ein Verhältniß zur Türkei tritt, welches als Ersatz für die bisherige Stellung Ostrumeliens zur Türkei gelten kann. Jede weitere Veränderung würde nur zum Umsturz der gesammten Zustände der Balkanhalbinsel führen, zu einer neuen Besitzvertheilung, welche nur auf Kosten der Türkei geschehen könnte.

Auffallend ist das Schweigen, welches man in Wien beobachtet. Dort haben nur Besprechungen zwischen dem König von Serbien mit den leitenden Staatsmännern stattgefunden und der rumänische Minister Bratiano, sowie der montenegrinische Gesandte Verbica haben sich dort gleichfalls Raths erholt. Das einzige Zeichen, daß eine Verständigung zwischen Wien und Berlin in der Balkanfrage gesucht worden ist, war der Aufenthalt des österreichischen Botschafters in Berlin, Szechenyi, in Friedrichsruh. Was dort zwischen diesem und dem Fürsten Bismarck verhandelt worden ist, entzieht sich der öffentlichen Kenntniß, nur so viel ist bekannt geworden, daß Oesterreich-Ungarn für eine Vergrößerung Serbiens auf Kosten Bulgariens eingetreten ist, ohne damit in Friedrichsruh durchzudringen. Die Verlegung des Schwerpunctes nach Ofen ist nur soweit annehmbar, als dadurch der Berliner Vertrag nicht außer Kraft gesetzt wird. Kleine Veränderungen, wie die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens, wodurch im Wesentlichen nur eine Formveränderung herbeigeführt wird, lassen sich allenfalls unter dem Einvernehmen sämmtlicher Unterzeichner des Berliner Vertrages vollziehen, aber jede Ausdehnung auf die Interessen der Großmächte Rußland und Oesterreich, oder auf die Begehrlichkeit der kleinen Balkanstaaten muß als gänzlich unzulässig von der Hand gewiesen werden. Das ist der Standpunct, welcher in Friedrichsruh als der maßgebende angesehen wird.

Die türkische Regierung hat in Anbetracht der schwierigen Lage, in welcher sie sich befindet, vielleicht das Zweckmäßigste gethan, was sie thun konnte, sie hat ihr Recht betont und zugleich gerüstet. Hätte sie einfach auf Grund des Artikels 16 des Berliner Vertrages gehandelt, so lief sie Gefahr, mit Rußland in Streit zu gerathen. Bei der Zurückhaltung, welche sie dem Aufstande in Philippopel gegenüber gezeigt hat, war Rußland genöthigt, gleichfalls innerhalb der durch den Berliner Vertrag gezogenen Schranken zu bleiben und den diplomatischen Weg dem militairischen Eingreifen vorzuziehen. Dadurch ist es Deutschland möglich geworden, den Standpunct des Berliner Vertrages als den allein maßgebenden festzuhalten und allen Begehrlichkeiten der Großen und Kleinen sein Veto entgegenzusetzen. Hätte die Türkei die Dinge an sich herantreten lassen und die Entscheidung Europa allein überlassen, dann würden Serbien und Griechenland schwerlich es haben bei Worten bewenden lassen. Da diese beiden Staaten aber sehen, daß die Türkei ihre Mobilmachung mit Truppenzusammenziehungen beantwortet, so sind sie stutzig geworden und verpuffen ihren Kampfesmuth in leeren Drohungen und unverschämten Forderungen.

Die Türkei ist allerdings im Absterben begriffen, aber die Könige von Serbien und Griechenland und die Fürsten von Bulgarien und Montenegro sind nicht die Leute, um die Erbschaft des kranken Mannes bei seinen Lebzeiten anzutreten, dazu gehört die Machtentfaltung von Staaten wie Rußland und Oesterreich-Ungarn. Ohne das Gegengewicht, welches Deutschland heute im Rathe der Völker nach Osten und Westen hin ausübt, würde der Zerfall der Türkei schon im Jahre 1878 eingetreten sein; die Macht Deutschlands hat aber nicht nur ausgereicht, um den damals von Rußland gegen die Türkei geführten Schlag abzuwenden, sondern sie ist auch stark genug, um bei dem erneuten Versuch, die Türkei aus Europa zu beseitigen, das gestörte Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel zeitweise wiederherzustellen. Darüber darf man sich freilich keiner Täuschung hingeben, daß das Rad der Zeit in seiner Vorwärtsbewegung nicht aufzuhalten ist; Entwickelungen, welche durch zwingende natürliche Ursachen herbeigeführt sind, nehmen früher oder später ihren Lauf und lassen sich durch keine Staatsklugheit abwenden. Aber verlangsamen kann man den Lauf der Weltgeschichte durch kluge Benutzung der Umstände, ebenso wie man ihn beschleunigen kann. Die Verzögerung des Zusammensturzes auf der Balkanhalbinsel und die Herbeiführung der deutschen Einheit waren zwei Proben der Leistungsfähigkeit Bismarck's nach beiden Richtungen hin.

* * *

Wir verzeichnen die weiter vorliegenden Nachrichten über die Balkankrise:

* Berlin, 9. October. (Kölnische Zeitung.) Wie wir seiner Zeit vorausgesagt haben, hat die griechische Regierung sehr schnell den groben Fehler einsehen müssen, den sie vor einigen Monaten gemacht hatte, als sie ausschließlich aus Sparsamkeitsrücksichten ihre Gesandtschaft am Berliner Hofe einzog und ihre diplomatische Vertretung hierselbst ausschließlich einem Geschäftsträger übertrug. Sie hat jetzt Herrn Rangabé zum Nachfolger ihres Gesandten am hiesigen kaiserlichen Hofe ernannt. Aber so sehr derselbe sein Eintreffen hier beschleunigen wird, so wird er doch nicht mehr im Stande sein, in der gegenwärtig schwebenden Frage eine Umstimmung der Mächte zu Gunsten Griechenlands herbeizuführen. Seitdem Herr v. Giers von seinem zweiten Besuche in Friedrichsruh zurückgekehrt und nach Petersburg heimgereist ist, muß man als Thatsache festhalten, daß eine vollständige Einigkeit zwischen den drei Kaisermächten über die Behandlung der Balkanfrage erzielt ist, eine Einigkeit, der sich zweifellos auch die geringer betheiligten Westmächte demnächst anschließen werden. Griechenland aber ist nicht in der Lage, sich gegen die gefaßten einheitlichen Beschlüsse der Mächte mit Erfolg aufzulehnen.

* Wien, 9. October. (Politische Zeitung.) Der König Georg von Griechenland hat schon bei seiner jüngsten Anwesenheit auf das Bestimmteste die Absicht geäußert, bei jeder Aenderung des status quo ante in Ostrumelien in Action treten und seinerseits Compensationsansprüche geltend machen zu wollen. König Georg hatte damals mit dem gleichzeitig anwesenden König Milan von Serbien längere Unterredungen über die beiderseitige Interessengemeinschaft.

* Wien, 9. October. (W. T.-B.) Das „Fremdenblatt" bezweifelt auf das Entschiedenste die von dem Correspondenten eines französischen Blattes dem serbischen Ministerpräsidenten Garaschanin — anläßlich einer Unterredung mit demselben — in den Mund gelegte Aeußerung, er betrachte die Tripelallianz als compromittirt, der Antagonismus zwischen Rußland und Oesterreich werde anläßlich des jetzigen Conflictes zu Tage treten. Das „Fremdenblatt" fügt hinzu, Garaschanin wisse sehr wohl, daß die Fortdauer der Einigkeit in Bezug auf die Erhaltung des Friedens, sowie die guten Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu denselben durch die Schwierigkeiten bei Regelung der Balkanverhältnisse keine Störung erleiden würden.

* Philippopel, 9. October. (W. T.-B.) Die neu gebildeten Bataillone und die Freiwilligencorps haben heute dem Fürsten Alexander den Fahneneid geleistet. Mehrere bulgarische Officiere, die sich in Rußland aufhielten, sind von dort zurückgekehrt und verschiedenen Truppentheilen des Heeres zugetheilt worden.

Man schreibt der „Politischen Correspondenz" von bulgarischer Seite aus Philippopel, 2. October:

Um sich eine richtige Vorstellung über die Ursachen zu bilden, welche den Umsturz in Rumelien bewirkt haben, ist es nothwendig, einen Rückblick auf die Vergangenheit zu werfen. Als an Stelle Aleko Pascha's der Candidat Rußlands, Gavril Pascha, zum Generalgouverneur gewählt wurde, war dessen erster Act die Auflösung der Provinzialversammlung und die Besetzung aller höheren Verwaltungsposten mit Mitgliedern der unionistischen Partei, die vor der Ernennung Gavril Pascha's in zahlreichen Meetings und durch die bekannte Deputation an die europäischen Höfe — allerdings erfolglos — die Vereinigung mit Bulgarien angestrebt hatte. Zu Einfluß und Macht gelangt und von Rußland offen unterstützt, vergaß diese Partei jedoch bald ihre früheren Bestrebungen, und nicht genug damit, beging sie auch in der Verwaltung der Provinz, anstatt dieselbe in energischer und unparteiischer Weise zu führen, alle erdenklichen Fehler. Unnütze Geldausgaben, Steuererhöhungen, Schuldenmacherei, Protectionswesen bei der Besetzung der Staatsämter, unbegründete Verfolgung der politischen Gegner kennzeichneten diese Periode der Verwaltung. Das Volk ertrug diesen Zustand ein volles Jahr, schließlich aber machte sich die allgemeine Unzufriedenheit in systematisch organisirten Aufstandsversuchen Luft, die sich bald in Tschirpan, bald in Stanimaka, bald in Golema-Konare und anderen Orten zutrugen. Schließlich weigerte sich beinahe das ganze Land, die Steuern zu bezahlen und die Symptome einer nahe bevorstehenden Revolution traten deutlich zu Tage, ohne daß irgend Jemand denselben Beachtung schenkte, vielleicht deshalb, weil die durch den Besitz der Macht berauschte Regierung Gavril Pascha's sich alle Mühe gab, dieselben vor den Augen Europas zu verbergen.

Als nun die Ereignisse vom 16. September sich vollzogen hatten, von denen, wie nochmals auf das Nachdrücklichste betont werden muß, weder der Fürst Alexander, noch die Vertreter der Mächte in Philippopel vorher die geringste Kenntniß hatten, blieb dem Fürsten nichts anderes übrig, als sich dem Willen des Volkes zu fügen und unverzüglich nach Philippopel abzureisen. Hätte er dies nicht gethan, so würde Rußland, dem der Fürst Alexander und seine stetig wachsende Popularität bei den Bulgaren schon lange ein Dorn im Auge war und dessen Vertreter in Sofia offen gegen ihn arbeiteten, ohne Zweifel den Fürsten als Verräther der nationalen Sache bei den Bulgaren hingestellt haben, und bei der gewaltigen Erregung aller Gemüther wäre es dann ein Leichtes gewesen, zu bewirken, daß das bulgarische Volk die Absetzung des Fürsten Alexander beschlossen hätte. In diesem Falle wären Anarchie, Bürgerkrieg und Blutvergießen unvermeidliche Folgen gewesen. Rußland wäre dann zweifelsohne als Friedensstifter aufgetreten und seine Truppen hätten Bulgarien und Rumelien occupirt. Fürst Alexander, der die Lage rasch erfaßte, mußte also seine Hauptaufgabe darin erblicken, Blutvergießen und den Ausbruch von Anarchie um jeden Preis zu hindern. Egoistische Zwecke verfolgte Fürst Alexander nicht oder doch nur in zweiter Linie, als er dem Rufe der Conventionen Folge leistete. Es geht dies am Deutlichsten aus dem Umstande hervor, daß derselbe an den Zar ein Telegramm gerichtet hat, in welchem er sich, falls Rußland den Schutz des Unionswerkes auf sich nimmt und falls blos die Person des Fürsten dem hindernd im Wege steht, bereit erklärt, seine Person für das Wohl und Heil der bulgarischen Nation zu opfern. Dieser Schritt des Fürsten, der von seiner Hingebung für die Sache des bulgarischen Volkes ein neues Zeugniß ablegte, konnte aber seine Popularität nur steigern, so daß man heute mit Sicherheit sagen kann, daß das bulgarische Volk in den Rücktritt des Fürsten Alexander nie einwilligen würde. So wäre denn eine eventuelle Absetzung des Fürsten ein bedenklicher Schritt. Ein den Bulgaren aufgezwungener Herrscher würde im Lande dem heftigsten Widerstande begegnen, so daß er wahrlich nur unter dem Schutze einer Armee von dem bulgarischen Fürstenthrone Besitz ergreifen könnte. Die starke Gährung der Leidenschaften, die durch ein solches Vorgehen im bulgarischen Volke hervorgerufen würde, könnte ernste Complicationen herbeiführen, die sich heute noch absehen lassen. Es ist also wohl nicht anzunehmen, daß diejenigen Mächte, denen Fürst Alexander nicht geradezu ein Dorn im Auge ist, und daß vor Allem der Sultan selbst sich versucht fühlen sollte, den Fürsten und das bulgarische Volk gewaltsam zu trennen. Den Vorwurf, den man dem Fürsten macht, daß er um die Revolution in Philippopel gewußt habe, wird er siegreich zu widerlegen im Stande sein, und der andere Vorwurf, daß er sich nachträglich mit der Revolution identificirte, verliert viel von seiner Schärfe, wenn man des Fürsten eigene Zwangslage und seinen Wunsch, Anarchie und Blutvergießen zu hindern, unbefangen würdigt.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Philippopel, 8. October:

Soeben hatte ich eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Karavelow, welcher bei dieser Gelegenheit Folgendes ausführte: Die Ruhe und Einhelligkeit, womit die Einheit der Bewegung durchgeführt worden, sei eine Bürgschaft für den weiteren ruhigen Verlauf derselben. Die Anerkennung der Vereinigung sei wohl gesichert, was aber die russischen Absichten auf Absetzung des Fürsten Alexander anlange, so sollten die Mächte nicht vergessen, daß seit den letzten Ereignissen die Volksthümlichkeit Alexander's ungeheuer gestiegen sei, daß Fürst und Volk vollkommen eins seien, ebenso wie Rußlands Ruchen gestanken sei. Wenn die Mächte die Einigung nur unter der Bedingung der Beseitigung Alexander's anerkennen wollten, würden die Bulgaren, die erst jetzt die ausgezeichneten Fähigkeiten des Fürsten erkannt hätten, einem solchen Machtworte einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Sollte Alexander angesichts einseitiger Forderungen der Mächte auf Hochherzigkeit auf den Thron verzichten wollen, um den Bulgaren Verwickelungen zu ersparen, so würden die Bulgaren diese Abdankung nicht annehmen, vielmehr von dem Fürsten verlangen, daß er bei ihnen bleibe; der Fürst habe aber nicht das Recht, nachdem er die Verfassung beschworen, sich einseitig von Bulgarien zu trennen; nur mit Waffengewalt, nur wenn die Mächte 100,000 Mann schicken, könne die Vereinigung rückgängig gemacht oder der Fürst entfernt werden. Die Vereinigung und der Fürst seien unzertrennbar. Es wäre eine Niederträchtigkeit, wollten die Bulgaren anders handeln. Für die Vereinigung fänden einhellig alle Bulgaren, für den Fürsten würden auch die Mohamedaner, deren Beschützer er immer gewesen sei, zu den Waffen greifen.

Leipzig, 11. October 1885.

* Ihre Majestät die Kaiserin hat durch Vermittelung des Chefs der Admiralität dem Comité für die Unterstützung der Hinterbliebenen der mit S. M. Corvette „Augusta" untergegangenen Besatzung, und zwar zum Besten besonders hülfsbedürftiger Hinterbliebener, die Summe von 1000 ℳ überwiesen.

* Die Colonialpolitik erweitert auch den Kreis der Aufgaben der nicht unmittelbar an derselben betheiligten Reichs- und Staatsorgane. So liegt gegenwärtig den Bautechnikern der Reichscentralstellen die Aufgabe ob, den Bauplan zu einem Dienst- und Wohngebäude für den Gouverneur von Kamerun festzustellen. Der Bauplan für dieses Gebäude, welches neben den Diensträumen und der Dienstwohnung des letzteren auch den ihm beigegebenen Beamten eine bescheidene Unterkunft zu gewähren haben wird, soll nach einem von Herrn von Soden selbst aufgestellten Bauprogramm entworfen werden. Dabei ist gleichfalls der auf längere persönliche Erfahrung in den Tropen gegründeten Wünschen dieses Beamten entsprechend von der Herstellung aus Eisen abgesehen, vielmehr die Erbauung aus Stein und Backstein in Aussicht genommen. Die Baumaterialien würden, da an Ort und Stelle nur Bruchsteine und Sand vorhanden sind, in der Hauptsache von Europa aus nach dem Bauplatze zu transportiren sein.

* Am Freitag Nachmittag 1 Uhr hat eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums stattgefunden.

* Zur parlamentarischen Lage wird uns aus Berlin geschrieben: „Die Zeit, welche der Eröffnung der Parlamentssaison vorhergeht, zeigt fast regelmäßig eine gewisse politische Stille und Schwüle, wie sie dem Sturme vorherzugehen pflegt. Wir stehen fast unmittelbar vor neuen Wahlen, aber wir können uns kaum entsinnen, in politischen Leben der Reichshauptstadt im Monat October und je einer solchen Ruhe erfreut zu haben. Verhältnißmäßig werden von den verschiedenen Parteien nur wenig Versammlungen abgehalten, und in den wenigen Versammlungen ist die Zahl der Besucher gering. Der übliche Vortrag wird mit dem üblichen Beifall angehört — die Parteiblätter allerdings verzeichnen der Abwechselung halber lebhaften, stürmischen, wiederholten und minutenlangen Beifall — zu einer Discussion kommt es fast niemals, und seitdem die Hetzereien in den Stöcker'schen Versammlungen aufgehört haben, erfreuen sich auch diese nur eines spärlichen Besuchs, gelten in den Augen der Parteigänger für langweilig und verlaufen ebenfalls ohne besondere „Zwischenfälle", welche sie früher gerade für eine gewisse Sorte von Vereinsluftigen so pikant machten. Was die neue Session an Vorlagen der Regierung bringen wird, wird zwar vermuthet, aber diese selbst hat, entgegen früherer Praxis, sich in Schweigen gehüllt. Auch der Bundesrath hat seine Arbeiten noch nicht mit dem Eifer wieder aufgenommen, durch den er sich sonst auszeichnet, weil